Aus dem Ortsgemeinderat

Am 14.06.2016 fand in Gönnersdorf, im Jugend- und Gemeindehaus, unter Vorsitz von Ortsbürgermeister Walter Schmidt eine öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Gönnersdorf statt.

Aus der öffentlichen Sitzung:

1. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Ortsgemeinde Gönnersdorf

Sachverhalt:

Bisher wurden die Friedhofsgebühren in der Haushaltssatzung festgelegt. Um bei etwaigen Änderungen der Gebühren flexibler zu sein, empfiehlt es sich, eine separate Satzung zur Erhebung der Friedhofsgebühren festzusetzen.

Hierzu ist eine Änderung der Friedhofssatzung erforderlich.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung in der Fassung des vorgelegten Entwurfs.

Festsetzung der Friedhofsgebühren - Erlass einer Friedhofsgebührensatzung

Sachverhalt:

Die Friedhofsgebühren wurden zuletzt im Jahre 2000 erhöht. Aufgrund des relativ langen Zeitraums wird nunmehr eine Neukalkulation der Gebühren erforderlich.

Die Kalkulation erfolgt erstmals im Äquivalenzziffernverfahren, d. h. die Kostenunterschiede werden durch Verhältniszahlen/Gewichtungsziffern (Flächenverbrauch und Pflegeaufwand) ermittelt.

Die neuen Gebührensätze werden, entsprechend den Vorgaben der Friedhofssatzung in einer gesonderten Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren festgesetzt. Seitens der Verwaltung wird empfohlen, eine jährliche Verlängerungsgebühr für Wahlgräber (siehe Satzungsentwurf) festzusetzen. Ebenso soll im Beschluss die Bestattung von Ortsfremden geregelt werden (Ziffer 6).

Beschluss:

Nach ausführlicher Beratung beschließt der Ortsgemeinderat die Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren in der Fassung des vorgelegten Entwurfs, der als Anlage Bestandteil dieses Beschlusses ist.

Feststellung des Jahresabschlusses 2011 der Ortsgemeinde Gönnersdorf sowie Erteilung der Entlastung gemäß § 114 Gemeindeordnung

Sachverhalt:

Gemäß § 114 GemO beschließt der Ortsgemeinderat über die Feststellung des Jahresabschlusses sowie über die Entlastungserteilung.

Da der Ortsbürgermeister und die Beigeordneten an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen dürfen, übernimmt das älteste anwesende Ratsmitglied, Herr Tilman Peuster den Vorsitz.

In seiner Sitzung am 30.03.2016 hat der Rechnungsprüfungsausschuss die Jahresrechnung 2011 geprüft und ist ausweislich des Prüfberichtes zu dem Ergebnis gekommen, dass es keine Beanstandungen gibt.

Da es keine Beanstandungen gab, hat der Ortsbürgermeister auf eine Stellungnahme zu diesem Prüfbericht verzichtet.

Der Jahresabschluss 2011 sowie der Prüfbericht 2011 sind der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt.

Sonderinteresse/Ruhen des Stimmrechts:

Es wird auf die Bestimmungen des § 22 Gemeindeordnung hingewiesen. Nach Erkenntnis der Verwaltung liegen bei folgenden Personen Ausschließungsgründe vor:

- OBgm Schmidt
- RM Hoffmann
- RM Lenzen

Diese Aufzählung erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit, so dass alle Beteiligten ihre eigene Prüfung vornehmen sollten.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat stellt den Jahresabschluss 2011 in der Fassung des vorgelegten Entwurfs fest.

Außerdem erteilt der Ortsgemeinderat dem Ortsbürgermeister und dem I. und II. Beigeordneten, sowie der Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Obere Kyll sowie der I. Beigeordneten der Verbandsgemeinde Entlastung.

Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Ortsgemeinde Gönnersdorf sowie Erteilung der Entlastung gemäß § 114 Gemeindeordnung

Sachverhalt:

Gemäß § 114 GemO beschließt der Ortsgemeinderat über die Feststellung des Jahresabschlusses sowie über die Entlastungserteilung.

Da der Ortsbürgermeister und die Beigeordneten an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen dürfen, übernimmt das älteste anwesende Ratsmitglied, Herr Tilman Peuster den Vorsitz.

In seiner Sitzung am 30.03.2016 hat der Rechnungsprüfungsausschuss die Jahresrechnung 2012 geprüft und ist ausweislich des Prüfberichtes zu dem Ergebnis gekommen, dass es keine Beanstandungen gibt.

Da es keine Beanstandungen gab, hat der Ortsbürgermeister auf eine Stellungnahme zu diesem Prüfbericht verzichtet.

Der Jahresabschluss 2012 sowie der Prüfbericht 2012 sind der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt.

Sonderinteresse/Ruhen des Stimmrechts:

Es wird auf die Bestimmungen des § 22 Gemeindeordnung hingewiesen. Nach Erkenntnis der Verwaltung liegen bei folgenden Personen Ausschließungsgründe vor:

- OBgm Schmidt
- RM Hoffmann
- RM Lenzen

Diese Aufzählung erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit, so dass alle Beteiligten ihre eigene Prüfung vornehmen sollten.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat stellt den Jahresabschluss 2012 in der Fassung des vorgelegten Entwurfs fest.

Außerdem erteilt der Ortsgemeinderat dem Ortsbürgermeister und dem I. und II. Beigeordneten, sowie der Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Obere Kyll sowie der I. Beigeordneten der Verbandsgemeinde Entlastung.

I. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Die I. Nachtragshaushaltssatzung nebst Plan für das Haushaltsjahr 2016 wurde dem Ortsgemeinderat durch den Ortsbürgermeister vorgestellt und erörtert.

Mit dem vorgelegten Entwurf weist der Ergebnishaushalt bei unveränderten Erträgen von 649.700 € und Aufwendungen von 662.460 € nunmehr ein Defizit von 12.760 € aus (Verschlechterung von 27.000 €).

Im Finanzhaushalt vermindert sich der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen von bisher 31.590 € um 27.000 € auf nunmehr 4.590 €.

Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit verbleibt unverändert bei 89.170 €.

Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit vermindert sich von bisher 120.760 € um 27.000 € auf nunmehr 93.760 €.

Die angedachte Erneuerung der Zaunanlage um den Friedhof mit einem Kostenvolumen von ca. 7.000 € wird nicht veranschlagt, da nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht die Voraussetzungen für die Genehmigung von Investitionskrediten in diesem Falle nicht vorliegen.

Beschluss:

Nach ausführlicher Beratung beschließt der Ortsgemeinderat die I. Nachtragshaushaltssatzung und den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 in der Fassung des vorgelegten Entwurfs.